

Einbringen des Haushaltes 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren Mitglieder des Rates,

wir legen Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2012 und folgende vor.

Um es gleich zu Beginn zu sagen: Ich möchte mich ganz herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die es mir ermöglicht haben, Ihnen heute dieses Zahlenwerk vorzulegen. Ein Zahlenwerk, das unter zähem und hartem Ringen mit den Produktverantwortlichen erarbeitet worden ist und das Ansätze enthält, die, insbesondere bei der Gebäude- und Straßenunterhaltung, nur das allernotwendigste Flickern und Ausbessern von Schädstellen zulässt.

Ein Zahlenwerk, das trotz äußerster Anstrengungen unterm Strich ein Defizit von 1.048.923,00 € ausweist.

Dieser Haushaltsplanentwurf reiht sich damit in die Vielzahl der Pläne der letzten Jahre ein, die nicht ausgeglichen waren und die damit die weitere Verschuldung noch schneller vorantreibt.

Während noch in den Jahren 2007 u. 2008 ein Kassenüberschuss verzeichnet werden konnte, zeigt der Kassenbestand zum Jahresende 2011 ein voraussichtliches Minus von 5.000.000 €. Ohne Gegensteuern wird die Kassenkreditverschuldung lt. Finanzplanung im Jahre 2015 bereits bei etwa 7.000.000 € liegen. Eine Verschuldung, die beängstigend ist, nicht nur weil wir in den Nothaushalt zu rutschen drohen, sondern vielmehr, weil die sich beschleunigende Verschuldung unsere Bonität gefährdet und wir Liquiditätskredite nicht mehr oder nur zu

wesentlich schlechteren Bedingungen erhalten werden mit der Folge, dass wir damit endgültig und für viele Jahre unumkehrbar das Heft des Handelns aus der Hand geben müssen.

Gerade aber mit Blick auf unsere richtungsweisenden Vorhaben im Schulzentrum oder bei der Ausweisung von Gewerbegebieten zur Neuansiedlung von Firmen und Schaffung neuer Arbeitsplätze müssen wir selbstbestimmend weiter agieren können und dürfen uns eben nicht von Aufsichtsbehörden zum Reagieren zwingen lassen .

In Anbetracht dieser finsternen Prognosen erübrigt es sich an dieser Stelle, die wesentlichen Eckdaten unseres Haushaltes detailliert aufzuführen. Es geht vielmehr hier und heute darum, Ihnen und unserer Bevölkerung aufzuzeigen, in welcher äußerst angespannten finanziellen Situation wir uns befinden und welche geringe Chance wir noch haben, aus diesem Strudel herauszukommen.

Ich sehe es als Kämmerer nicht nur als meine bloße Aufgabe, sondern vielmehr als gesetzliche Verpflichtung an, Ihnen und der Bevölkerung schonungslos die Dinge zu benennen, die unsere wachsende Neuverschuldung mitbewirken und welche Folgen das für uns, unsere jüngere Gesellschaft und unsere nachfolgenden Generationen hat.

Dabei berufe ich mich u. a. auf § 75 Abs. 2 der Gemeindeordnung die vorschreibt: „Der Haushalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein.“ Zwar spricht die Gemeindeordnung von einem fiktiven Ausgleich, wenn das Defizit durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage noch gedeckt werden kann.

Dieser Punkt ist mit Abschluss dieses Haushaltsjahres 2011 erreicht.

Es steht mir nicht zu und liegt mir auch fern, mit meinen Ausführungen und dringendsten Appellen politisieren zu wollen. Deshalb bin ich auch in der Situa-

tion nicht auf die Gunst des Bürgers reflektieren zu müssen, sondern mit aller Deutlichkeit die Dinge beim Namen nennen zu können.

Ich würde meine Aufgabe als Kämmerer nicht ernst nehmen und würde verantwortungslos handeln, wenn ich Ihnen und der Bevölkerung vorgaukelte, dass wir mit einem „weiter so“ die Zukunft meistern könnten.

Jeder Gewerbebetrieb, jeder Kaufmann, jeder Handwerker, jede Familie, kann es nur eine gewisse Zeitspanne verkraften, mit immer neuen Schulden versuchen, alte Schulden zu bezahlen. Dies führt unweigerlich in den Bankrott. Hier gilt der alte Kaufmannsspruch, der genauso und genauso konsequent bei dem Unternehmen Stadt gelten muss: Ich kann nur das Geld ausgeben, das ich verdiene.

Wenn wir aber wissen, dass wir für die jährlich vorgeschriebenen E-Checks im Rathaus und an den elektrischen Geräten rd. 37.000 € ausgeben müssen, wenn wir wissen, dass uns die Straßenbeleuchtung jährlich 105.000 € kostet, wenn wir wissen, dass wir für die Unterhaltung unserer Grundstücke und Gebäude mit 234.500 € rechnen, wenn wir wissen, dass wir für die Straßenentwässerung jährlich 320.000 € aufbringen müssen wenn wir wissen, dass uns die Schülerbeförderung 350.000 € kosten wird, wenn wir als Zinslast für Kredite 390.000 € veranschlagen müssen, wenn wir wissen, dass wir für den sogenannten Fond Deutsche Einheit 409.544 € veranschlagt haben, wenn wir wissen, dass uns die Bewirtschaftung der Gebäude rd. 1.100.000 € kostet, wenn wir bei den Personalkosten zwar mit einem kleinen Rückgang, aber immerhin noch mit rd. 3.198.000 € rechnen, wenn wir bei der Kreisumlage mit rd. 215.300 € mehr belastet werden als noch in diesem Jahr und somit 8.014.255 € an den Kreis zahlen müssen, wenn wir dies alles wissen, muss uns auch klar sein, dass wir als Stadt, wir alle Bürger dieser Stadt, dieses bezahlen müssen. Dabei ist es zwar schön, aber auch nur auf den ersten Blick etwas beruhigend, dass es natürlich auch Landeszuschüsse und Steuereinnahmen gibt, die aber leider – und dass muss hier noch

einmal ganz deutlich gesagt werden – eben nicht auskömmlich sind, um die Aufwandseite abzudecken, was eben zu dem oben erwähnten Defizit führt.

Natürlich kann man hier zu Recht sagen, das uns ja die meisten unserer Aufgaben gesetzlich vorgegeben sind und wir uns eben nicht wie ein Unternehmer die Produkte aussuchen können, die profitabel sind, sondern wir als Unternehmen „Stadt“ im Regelfall genau da tätig werden müssen, wo Verlustgeschäfte manchmal unvermeidlich sind.

Natürlich tut es auch gut, wenn wir auf den Bund, das Land, den Kreis zeigen können, der uns diese Pflichtaufgaben und die Pflichtausgaben aufbürdet; aber nur mit dem Verweis auf andere machen wir es uns m. E. nach zu leicht. Wir alle haben eine Eigenverantwortung für unsere Stadt, für unsere Bürgerinnen und Bürger und für unsere Nachfolgeneration. Wenn wir aber durch gesetzliche Vorgaben als Stadt so gestellt werden wie ein Wirtschaftsunternehmen, so müssen wir auch als Unternehmen „Stadt“ wie ein Unternehmen agieren können. D. h., für uns müssen die gleichen Spielregeln gelten, wie es ein Firmenchef, ein Handwerksbetrieb, ein Familienvater als selbstverständlich praktiziert, um „über die Runden zu kommen“. Wir müssen auskömmlich wirtschaften!

Daher muss es unser aller oberstes Ziel sein, mittelfristig wieder in die Nähe eines ausgeglichenen Haushalts zu kommen. Das bedeutet aber, dass wir unabdingbar die weitere Verschuldung abbremsen müssen.

Dazu haben wir die Chance! Wir müssen sie nur nutzen.

Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern deutlich und unmissverständlich sagen, was die zu erbringenden und erwarteten Leistungen kosten.

Wir müssen ihnen auch deutlich rüberbringen, dass diese Leistungen wie im kaufmännischen Geschäftsverkehr auch, natürlich auch von uns allen jetzt bezahlt werden müssen und nicht weiter auf den Schuldendeckel gesetzt werden dürfen.

Gleichzeitig müssen wir unverblümt klarstellen, dass die hohen Leistungsstandards und die ausufernden Leistungsforderungen auf ein finanzierbares Maß zurückgefahren werden müssen. Auf ein Maß, das wir uns hier und jetzt leisten können und damit eben nicht Nachfolgenerationen belasten.

Auch muss m. E. ein Strukturwandel eintreten, der durch zukunftsgerichtetes und bedarfsgerechtes Vorhalten von Leistungsangeboten kostensenkend wirken kann.

Diese Schritte erfordern Mut, sind aber in Anbetracht des erneuten Defizits und der weiteren Verschuldung m. E. unausweichlich.

Es ist allerhöchste Zeit !!

Unsere Finanzlage erfordert schmerzhaftes Einschnitte und ein alternativloses Umdenken. Wir leben seit Jahre auf Pump und sind so gezwungen, Schuldenlöcher mit neuen und teureren Schulden zu flicken. Wir müssen endlich diesen Teufelskreis durchbrechen.

In analoger Anwendung der Kaufmannsweisheit: „Ich kann nur das Geld ausgeben, das ich verdiene“ muss für uns die klare Ansage lauten: „Ich muss das Geld verdienen, das ich ausgeben muss.“

Ich hoffe, dass wir in diesem Sinn in den Klausurberatungen die richtigen zukunftsorientierten Entscheidungen für unser finanzielles Überleben zum Wohle aller unserer Bürgerinnen und Bürger treffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

R. Schmidt

-Kämmerer-

Balve, den 16.11.2011